

# SPD demokratischer pressediens

P/XXV/243

23. Dezember 1970

Das sicheren Weges gewiß

---

Die sozialliberale Koalition steht auf  
festem Boden

Seite 1 und 1a / 62 Zeilen

1971: Das Problemjahr der CDU

---

Anmerkungen zur Parteisituation zwischen  
Mitte und Rechts

Seite 2 und 2a / 62 Zeilen

Angst vor der Freiheit?

---

Bemerkungen zur gesellschaftspolitischen Be-  
deutung von rechtspolitischen Reformvorhaben

Von Dr. Helga Timm SPD-MdB

Stellv. Mitglied des Bundestagsausschusses für  
Jugend, Familie und Gesundheit

Seite 3 bis 5 / 115 Zeilen

Bildungsreform für die Bundeswehr ein Muß

---

Hemmende Gewohnheiten müssen zügig  
überwunden werden

Seite 6 / 48 Zeilen

\* \* \* FROHE WEIHNACHTEN !

\* \* \* SPD-Pressediens / Redaktion und Verlag

Chefredakteur: Dr. E. Eckart  
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler  
5300 Bonn 9, Neussallee 2-10  
Postfach: 3159  
Pressehaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 81 37 - 38  
Telex: 896 846 866 847/  
896 846 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

### Das sicheren Weges gewiß

Die sozialliberale Koalition steht auf festem Boden

Noch vor wenigen Wochen hat es viele Spekulationen über die Lebensdauer der sozialliberalen Koalition gegeben, und manche heißspornige Unionspolitiker prophezeiten sogar einen baldigen Kanzlersturz und sahen sich selbst schon als Bundesminister. Es wurde auch versucht, FDP-Abgeordnete aus der Koalition herauszubringen. Das häßlichste Beispiel bot der Fall Geldner. Dieser schändliche Versuch, einen Abgeordneten zu kaufen, enthüllte einen erschreckenden Zustand politischer Moral und kennzeichnet jene, die diesen Versuch unternahmen. Immerhin hat er auch etwas Gutes bewirkt. Er verstärkte den Zusammenhalt und die Geschlossenheit der sozialliberalen Koalition. Den Weg, den sie sich vorgenommen hat, wird sie auch unbeirrt weitergehen. Die bisher zurückgelegte Wegstrecke setzte schon sowohl im Inneren als auch nach Außen bedeutsame, in die Zukunft wirkende Zeichen. Schritt für Schritt erfolgt die Verwirklichung des Regierungsprogramms. Die 6. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages wird eine reiche Ernte aufzuweisen haben.

Am inneren Zusammenhalt der die Bundesregierung Brandt/Scheel stützenden Parteien scheiterte und werden auch weiter scheitern alle gezielten und ungezielten Vorstöße der Unionsparteien, aus welchen Bereichen sie auch immer kommen mögen. Zugegeben: Die CDU/CSU befindet sich in einer für sie recht schwierigen Situation, sie hat sich immer noch nicht mit den Bundestagswahlen vom Herbst 1969 abgefunden, die ihre Abdankung als Regierungspartei nach fast 20-jähriger Alleinherrschaft bewirkten. Als Oppositionspartei sieht sie sich in einer für sie ungewohnten Rolle. Hier fehlt es ihr an Erfahrung, und nicht nur daran. Das eine Jahr, das die Unionsparteien jetzt auf den Bänken der Opposition verbracht haben, hat ein reichliches Anschauungsmaterial geboten, und es sagt kaum etwas zu ihren Gunsten aus. Der Prozeß der inneren

Einkehr und der Läuterung wird ihnen auch in der Zukunft nicht erspart bleiben. Dafür sorgt schon die sachbetonte, sich am Notwendigen und Möglichen orientierte Politik der sozialliberalen Koalition. Sie zwingt die CDU/CSU zu konkreten Stellungnahmen, und der politisch bewußte Bürger hört genau, in welchem Ton sie abgegeben werden und welche Richtung sie ankündigen.

An sachlichen und harten Auseinandersetzungen auch im nächsten Jahr dürfte es zwischen Regierungsparteien und der Opposition nicht fehlen. Die CDU/CSU muß endgültig ihre wirklichkeitsfremde Hoffnung aufgeben, den Lernprozeß, dem sie untersteht, widerwillig untersteht, durch eine Flucht nach vorn zu entgehen. Der Regierungszug befindet sich nach einem bildhaften Ausdruck Herbert Wehners in voller Fahrt und die sozialliberale Koalition bestimmt die Richtung. Sie weiß sich der Bremsen zu erwehren.

Für die Weiterentwicklung unserer parlamentarischen Demokratie wird es mit davon abhängen, inwieweit sich die Unionsparteien in der Zeit, in der sie "zur Opposition verdammt" sind, hausern und brauchbare Alternativen entwickeln können. Sie tun sich damit recht schwer, weil sie im Grunde genommen voller Unsicherheiten sind. Einerseits möchten sie gute Demokraten und Europäer sein, andererseits kokettieren sie mit der deutschen Rechtsen, oder bedienen sich ihres Vokabulars. Von allen christdemokratischen Parteien Europas hat es die CDU/CSU fertiggebracht, in die Gefahr totaler Isolierung zu geraten.

Die Regierung Brandt, Scheel, ihres Weges gewiß und auf festem Boden stehend, hat für die Bundesrepublik großes Ansehen und viel Vertrauenskapital erworben. Dies ist ein Erfolg der loyalen Partnerschaft zwischen Freien Demokraten und Sozialdemokraten und einer Politik, die auf Ausgleich bedacht ist. Diese Partnerschaft ruht in sich selbst, ist nicht zu erschüttern, und die CDU/CSU täte gut daran, diese äußerst gewichtige politische Tatsache nunmehr endlich auch innerlich zu respektieren. Aus solcher Erkenntnis kann sie vielleicht sogar noch gewinnen.

### 1971: Das Problemjahr der CDU

#### Anmerkungen zur Parteisituation zwischen Mitte und Rechts

Die CDU zeigt in ihrer sogenannten Führungsspitze deutliche Ermüdungs- und Lähmungserscheinungen. Der Mann, der noch formell an der Spitze dieser Christdemokratischen Partei steht und sich, wie schon sein Vorgänger immer, praktisch "auf Abruf" befindet, kann des Darscheinanders nicht mehr Herr werden. Je höher der Neubau des Parteihauses an der Friedrich-Ebert-Allee in Bonn-Bad Godesberg wächst, desto unklarer wird es, wer eines Tages in diesen millionenschweren Palast einer Partei einziehen soll, die etwas mehr als ein Drittel der Mitgliederzahl der SPD hat. Dieser führungslose Zustand hat einen Grad erreicht, der schon die bürgerlichen Zeitungen mit spaltenlangen Artikeln auf dem Plan ruft und alles andere als weihnachtliche Befriedung zuläßt. Der verbale Lärm, der aus dem jetzigen Partei-Miethaus in der Bonner Messestraße schallt, soll zwar den starken Mann markieren, aber dieses "Urternehmen Heck" kann die Leere nicht verdecken, die sich im Parteiführungsraum breitgemacht hat.

Die Frage, wen die CDU im Laufe des nächsten Jahres an die Stelle Kurt Georg Kiesingers stellen wird, interessiert sicher nicht nur die CDU allein. Die Zusatzfrage, ob der neue Parteichef zugleich auch wieder Kanzlerkandidat werden soll oder ob man, erstmals, in einem Dualismus ausweicht, der freilich größte personelle und sachliche Schwierigkeiten in sich birgt, wird in den nächsten Monaten nicht weniger beteiligt diskutiert werden. Viel wichtiger aber dürfte ein Problem werden, das sich allmählich immer konturierter abzeichnet und die deutsche Öffentlichkeit mit einer Situation konfrontieren könnte, die durchaus das politische und Parteienleben entscheidend bewegen sollte.

Das katholische Wochenblatt "Publik" hat genau in diesen

nicht vorhandenen Weihnachtsfrieden der CDU hinein den Stein ins Wasser geworfen. Die CDU sieht sich nämlich der Tatsache gegenüber, daß sie mehr und mehr in den Machteinflußbereich des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß gerät. Das erste Warnzeichen, leider allzuwenig verzeichnet, war die massive Kritik, die aus der Münchner Parteizentrale der Christlich-Sozialen Union an dem Programm-Entwurf der CDU geübt wurde, der dem Programmparteitag von Mitte Januar in Düsseldorf vorliegen wird. Dieser Programmentwurf, der sowieso schon in vielen Punkten gegenüber der ursprünglichen Vorlage der Kohl-Köppler-Gruppe verwässert worden ist, wurde heftig unter Verschuß genommen, wobei, was die Machtfrage angeht, das Faktum mit am schwersten wiegt, daß die CSU sich in ihrer Kritik der vollen und rückhaltlosen Zustimmung der nicht nur finanziell potenten Wirtschaftskreise gewiß sein kann, auf deren Urteil die CDU nicht verzichten kann.

Vor diesem Hintergrund wird, und hier ließ "Publik" die Katze aus dem Sack, die Tendenz sichtbar, die Franz Josef Strauß, gestärkt durch den bayerischen Wählerfolg, nicht nur der CSU, sondern auch der CDU aufzwingen will. Er drängt auf die Polarisierung des deutschen Parteilebens in Links und in Rechts, ohne weitere Differenzierungen, und im "Rechts"-Bereich will er die Union als Ganzes angesiedelt wissen. Damit aber wird die "Union" als solche eindeutig infrage gestellt, eine Parteigruppierungsabsicht nämlich, die ein breites Spektrum um die Mitte herum erfassen will und unter diesem Vorzeichen, läßt man das Adloner Programm als historische Episode außer acht, auch bis heute tätig gewesen ist. Eine Partei aber, die unter dem Polarisierungs-Gebot von Strauß rechts angesiedelt und, wenns nach ihm geht, auch konservativ bestimmt werden soll, wird sich selbst untreu und geht dann eben den Weg, den ihr der CSU-Boß - "Der heimliche Chef der CDU" ("Publik") - vorzeichnet.

Die deutsche Öffentlichkeit hat allen Grund, das "Jahr 1971 der CDU und CSU" sorgsam zu beobachten. Man wird schon nach dem Düsseldorfer Parteitag wissen, wohin der Weg der "Union" geht.

### Angst vor der Freiheit?

Bemerkungen zur gesellschaftspolitischen Bedeutung  
von rechtspolitischen Reformvorhaben

Von Dr. Helga Timm SPD-MdB  
Stellv. Mitglied des Bundestagsausschusses  
für Jugend, Familie und Gesundheit

Zwei rechtspolitische Reformentwürfe der Bundesregierung sind in der öffentlichen Diskussion der letzten Monate besonders heftig umstritten, nämlich der Diskussionsentwurf zur Reform des Ehescheidungsrechts und der Entwurf zur Reform des Sexualstrafrechts.

Kein Zweifel, beide Entwürfe rühren an gesellschaftliche Vorstellungen, die die Beziehungen zwischen Mann und Frau und damit unmittelbar Verhalten und Einstellung jedes einzelnen Bürgers in Bezug auf die Rolle der Geschlechter und des Geschlechtlichen angehen. Gesellschaftliche Rollen werden auch gewertet. Veränderungen in der Rolleneinschätzung von Mann und Frau rühren daher auch an das Selbstwertgefühl des Rollenträgers. Es ist nicht verwunderlich, wenn Bewußtmachung solcher Rollenveränderungen Ängste hervorrufen.

Beide Entwürfe gehen von der Konzeption aus, daß der Staat, sei es über das bürgerliche Recht, sei es insbesondere über das Strafrecht, möglichst wenig in die Intimsphäre der Bürger hineinzudringen habe. Die Lebensgestaltung innerhalb von Ehe und Familie, das sexuelle Verhalten eingeschlossen, sollen sich nach gesellschaftlichen Normen vollziehen, die in einer freien Gesellschaft nicht vom Staat diktiert sein können. Die Vorstellung von der "sittenbildenden" Kraft insbesondere des Strafrechts wird über Bord geworfen.

Der Entwurf zur Reform des Ehescheidungsrechts geht z.B. davon aus, daß Ehe ein Vertrag zwischen gleichberechtigten und gleichverpflichteten Partnern sei, die auch frei über die Aufteilung ihrer Funktionen innerhalb der Ehe entscheiden. Die geltende Vorschrift des bürgerlichen Rechts, nach der es dem Manne obliegt, über Erwerbsarbeit den Familienunterhalt zu sichern und die Frau nur insoweit berufstätig sein darf, als sie ihre Verpflichtungen als Hausfrau nicht vernachlässigen, ist damit überholt.

Die Strafrechtsreform geht davon aus, daß sich das Strafrecht als äußerstes Mittel staatlich legitimierter Gewaltanwendung auf Tatbestände beschränken soll, die eindeutig sozialschädlich sind und mit anderen Mitteln als dem Strafrecht nicht verhindert werden können. Das geltende Strafrecht kennt für den Bereich der Sexualität besonders zahlreiche Straftatbestände. Dem lag die

Vorstellung zugrunde, daß das Strafrecht "das Sittengesetz" zu stützen habe, eine Konzeption von "Sittengesetz", in dem Sexualität überhaupt als etwas Unaussprechliches, Triebhaftes, die Menschen Beängstigendes und nur über Verbotsregeln zu Sündigendes u.a. auch mit Hilfe des Strafrechts in den "Untergrund" verbannt wurde.

Es ist heute fast ein Gemeinplatz, wenn man sagt, wir leben in einer Zeit tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandels. Es hat jedoch den Anschein, als ob die öffentliche Diskussion über diese beiden Reformentwürfe die tatsächlich bereits vorhandenen Veränderungen des Verhaltens und der Einstellung über die Rolle von Mann und Frau in Ehe, Familie, Berufsleben und auch im Sexualbereich vielen Männern und Frauen überhaupt erst ins Bewußtsein bringt.

Kann man aber unbefangen und rational über so lang tabuierte Bereiche menschlichen Verhaltens und Zusammenlebens sprechen? Gegenwärtig scheinen noch Emotionen, Ängste, Vorurteile die politische Auseinandersetzung zu blockieren.

Gerade deshalb ist es unabdingbar notwendig, diese beiden rechtspolitischen Reformvorhaben nicht isoliert zu verstehen, sondern so, wie sie konzipiert sind, nämlich als Teil der gesamten gesellschaftspolitischen inneren Reform der Bundesregierung unter der Leitidee "mehr Demokratie wagen".

Mehr Freiheit der Entscheidung des einzelnen heißt mehr Verantwortung des einzelnen für seine Lebensgestaltung. Für Staat und Gesellschaft kann das nur heißen: Die Möglichkeiten und gesellschaftlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß der einzelne seine Kräfte entwickeln und tatsächlich ausüben kann. Dazu gehören die Reformen im Bereich von Erziehung und Bildung, einschließlich einer humanisierten Sexualerziehung. Dazu gehören aber auch sozialpädagogische Bemühungen zur Vorbereitung auf Ehe und Familie; Hilfe für Eltern bei der als immer wichtiger erkannten frühkindlichen Erziehung; familiengerechter Wohnungsbau; ja, auch die Mitbestimmung im Wirtschaftsleben und am Arbeitsplatz.

Nur die Verständigung über diese Gesamtkonzeption der inneren Reform kann helfen, endlich auch dieses fürchterli-

che Mißverständnis in Bezug auf Pornographie aus der Welt zu schaffen. Als ob das Vorhaben, den Umgang mit pornographischen Darstellungen für Erwachsene nicht mehr mit Strafe zu bedrohen, besagen sollte, daß Pornographie etwas Erfreuliches sei. Genau das Gegenteil ist der Fall. Es geht darum, nicht länger über Verbot und Strafe, die sich als untaugliches Mittel zur Gestaltung einer unbefangenen Sexualmoral erwiesen haben, die sittlichen und moralischen Kräfte des einzelnen und der Gesellschaft von innen her zu stärken. Nur dann können Jugendliche und Erwachsene sich immunisieren gegen kommerzialisiertes Angebot von Porno-Widerlichkeiten, aber auch, was noch wichtiger ist, gegen all die anderen, unterschwelligen, im Mantel von Sexualreizen verpackten Konsumzwänge.

Der Entwurf zur Reform des Ehescheidungsrechts hingegen scheint endlich vielen Frauen und Männern die Augen geöffnet zu haben über die tatsächlich bestehenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Abhängigkeiten der Frauen. Die Konzeption des Entwurfs, daß mit der Scheidung grundsätzlich auch die gegenseitigen wirtschaftlichen Beziehungen der Ehepartner enden, stößt auf die bestehende soziale Abhängigkeitssituation der meisten Frauen. In der Regel sind sie eben nicht in der gleichen Weise wie der Mann in der Lage, für ihren Unterhalt selbst zu sorgen. Das gilt ganz besonders im Hinblick auf die Altersversorgung.

Die von allen gesellschaftlichen Kräften als notwendig erkannte Reform des Ehescheidungsrechts bedarf der sozialrechtlichen Ergänzung, vordringlich eine klare Weichenstellung für eine eigenständige soziale Sicherung der Frauen. Ins Gesamtkonzept gehören aber auch andere gesellschaftspolitische Reformvorhaben wie die Realisierung der gleichen Bildungschancen für Mädchen und Jungen; die qualifizierte berufliche Ausbildung der Mädchen; die Anerkennung der Leistungen von Frauen in Familie und Beruf; vor allem aber die Weigerung, noch länger die Doppelbelastung der meisten Frauen in Familie und Beruf als Selbstverständlichkeit hinzunehmen.

Nur unter Eingliederung der rechtspolitischen Reformen in die Gesamtkonzeption der inneren Reform wird es möglich, ihren Freiheitsgehalt als Chance zur Vertiefung unseres demokratischen Zusammenlebens wahrzunehmen und die Ängste vor dem Risiko der Freiheit aufzuheben.

+ + +



### Bildungsreform für die Bundeswehr ein Muß

Hemmende Gewohnheiten müssen zügig überwunden werden

"Auch in der Bundeswehr hat Bildungspolitik Vorrang". Dieser Satz aus dem "Gutachten über die zukünftige Organisation und die Inhalte der Aus- und Fortbildung von Offizieren, Unteroffizieren und längerdienenden Mannschaften", das die Bildungskommission unter Leitung von Professor Dr. Ellwein veröffentlicht hat, zeigt die Richtung an. Mit der Verwirklichung der Empfehlungen dieses Gutachtens, das öffentlich diskutiert werden soll, könnte einer der entscheidendsten Abschnitte in der Geschichte der Bundeswehr eingeleitet werden. Unsere Streitkräfte könnten dann wieder an der Spitze des Fortschritts marschieren.

Die Bildungskommission, der Soldaten vom Oberfeldwebel bis zum General, Professoren, Gewerkschaftler und Vertreter der Industrie wie des Handels angehören, vertritt entschieden die Meinung: "Die Bundeswehr nimmt an der allgemeinen Entwicklung teil und unterliegt wie die übrige Gesellschaft der Notwendigkeit, sich rasch auf die schon eingetretenen und noch eintretenden Veränderungen einzustellen". Die Bundeswehr sei auch vor allem deswegen auf eine einschneidende Bildungsreform angewiesen, weil sie nur auf dem Wege über ein zeitgemäßes Ausbildungssystem erwarten könne, mit den sie bedrohenden Nachwuchsschwierigkeiten fertig zu werden. Mißverständnissen tritt die Bildungskommission mit der Feststellung entgegen: "Die Bildungsreform innerhalb der Bundeswehr darf nicht als Mittel der Nachwuchswerbung mißverstanden werden. Sie muß korrekt auf militärische Notwendigkeiten und auf Wünsche der Soldaten bezogen werden". Schon das Verteidigungsweißbuch der Bundesregierung hatte festgehalten, daß Bildung eine Voraussetzung für die funktionsgerechte Erfüllung des Auftrags der Bundeswehr sei - und nicht etwa eine entbehrliche Zutat.

Künftig sollen nach den Empfehlungen des Gutachtens alle längerdienenden Soldaten gewissermaßen eine maßgeschneiderte Aus- und Fortbildung erhalten, die sie nicht nur für ihre militärischen Aufgaben besser qualifiziert, sondern sie auch für ihr berufliches Fortkommen im Zivillieben erheblich fördert. Unteroffizieren wird mehr als schon bisher die Möglichkeit gegeben, Offizier zu werden, und alle Offiziere sollen an bundeswehreigenen Hochschulen eine fundierte und anerkannte wissenschaftliche Ausbildung bekommen. Die Kommission hat eine Vielzahl von Modellen entwickelt, die auf alle Bedürfnisse zugeschnitten sind.

Auch die zu erwartenden Übergangsschwierigkeiten hat die Bildungskommission nicht verkannt. Sie weiß, daß die Truppe bei Verwirklichung der Bildungsreform vorübergehend so belastet wird, daß die Einsatzstärken zeitweilig verringert werden müssten.

Doch sollen in der nun beginnenden Diskussion über das Gutachten die Schwierigkeiten nicht überbewertet werden. Die Reform des Bildungs- und Ausbildungswesens ist dringend und unumgänglich, wenn unsere Bundeswehr nicht hinter der Entwicklung herhinken soll. Liebgewordene Gewohnheiten, Mißtrauen und Bedenken dürfen diese Reform weder verzögern, noch verwässern.

Hartmut Miegel